

Partizipation von Adressat*innen: Balanceakt zwischen Chancen und Risiken

Ist Partizipation ein Trend, dem man mit Vorsicht begegnen sollte,
oder bietet sie eine Patentlösung für aktuelle soziale Fragen?
Eine Annäherung an die verschiedenen partizipativen Ansätze.

Text: Sophie Guerry, assoziierte FH-Professorin, Caroline Reynaud, assoziierte FH-Professorin, Hochschule für Soziale Arbeit HES-SO Freiburg



Partizipation ist seit geraumer Zeit aus Diskursen, Arbeitspraktiken und gesetzlichen Entwicklungen nicht mehr wegzudenken. Bürger*innen sollen stärker in die Politik eingebunden werden, Anwohner*innen in die Stadtplanung, Patient*innen in die Gesundheitsversorgung, Kulturinteressierte in die Kultur und Kund*innen in den Konsum.

Woher kommt diese Bewegung? Die Anfänge der partizipativen Demokratie gehen auf die 1960er-/1970er-Jahre zurück. Ab den 1990er-Jahren nimmt die Bewegung dann als Reaktion auf die Kritik an der traditionellen Demokratie (hoher Anteil an Nichtwähler*innen, nicht vertretene Minderheiten, Vertrauensverlust in die Institutionen usw.) stark an Fahrt auf. Durch die direktere Einbindung der Bürger*innen (Bürgerversammlungen oder -foren, Bürgerhaushalte usw.) werden partizipative Ansätze als Weg zur Annäherung an ein demokratisches Ideal gesehen und haben den Ruf, eine integrativere und gleichberechtigtere Gesellschaft zu fördern.

In der Sozialen Arbeit ist dieses Konzept nicht neu. Wenn man an den Gemeinwesenansatz denkt, ist Partizipation von jeher Bestandteil der Sozialen Arbeit. Als Reaktion auf die Kritik an der Sozialen Arbeit aufgrund ihrer Schwächen (Bürokratisierung, Entmündigung des Individuums, institutionelle Gewalt) rückt das Konzept der Partizipation jedoch wieder in den Vordergrund, um die Werte zu verteidigen, die der Profession wichtig sind (Zugang zu Rechten und Bürgerschaft fördern, emanzipatorische Prozesse entwickeln). In diesem Zusammenhang wird Partizipation von einigen als Möglichkeit gesehen, den Sinn der Sozialen Arbeit zu hinterfragen, ihr wieder eine politische Dimension zu geben und ihre Methoden durch die Stärkung kollektiver Ansätze zu erneuern. Als Gegenpol zum Individualismus, der in der Gesellschaft Einzug gehalten hat, knüpft die Partizipation aktiv an das soziale Gefüge an und weckt ein neues Interesse am Zusammenleben und am Gemeinwohl. Die partizipative Logik wird auch durch Konzepte zur Entwicklung von Handlungsfähigkeit und Selbstbestimmung gestärkt, die heute als wichtige Säulen der Intervention gelten. Die Betroffenen, die als Expert*innen ihrer Realität anerkannt werden, verfügen über ein Erfahrungswissen, das zunehmend als notwendig und legitim angesehen wird, um nicht nur die individuelle Betreuung, sondern auch die Relevanz der Leistungen und der eingeführten öffentlichen Politiken zu verbessern.

In der Schweiz wird Partizipation insbesondere in gewissen Feldern der Sozialen Arbeit, wie in der Arbeit mit Kindern, Jugendlichen oder

Menschen mit Behinderung, gefördert und dabei durch die gesetzlichen Grundlagen auf kantonaler, nationaler und/oder internationaler Ebene¹ gestützt. Mit Blick auf die Armutssproblematik hat der Bundesrat 2018 betont, wie wichtig es ist, die Partizipation der Betroffenen zu stärken, und hat im Rahmen der Nationalen Plattform gegen Armut 2019–2024² eine entsprechende Priorität gesetzt. Die in diesem Rahmen realisierten Arbeiten führten zum Vorschlag, einen «Rat für Armutsfragen in der Schweiz» einzurichten, um das Erfahrungswissen von Betroffenen auf politischer Ebene einzubringen.

Auch in der Forschung selbst gewinnt der Wert des Erfahrungswissens immer mehr Anerkennung. Personen mit solchem Erfahrungswissen werden immer häufiger in akademische Teams integriert und wandeln sich von Studienobjekten zu Co-Produzent*innen von Wissen. Als Co-Forschende sind sie in einzelne Schlüsseletappen der Forschung (z. B. an der Datenerhebung oder -analyse) oder gar in den gesamten Forschungsprozess involviert, so wie beim Forschungsprojekt «Armut – Identität – Gesellschaft» von ATD Vierte Welt, das in dieser Ausgabe vorgestellt wird. Interessant festzustellen ist, dass auf Bildungsebene die Qualitätsstandards der International Association of Schools of Social Work (IASSW) bereits seit 2004 die Aufnahme der Partizipation der Zielgruppen in die Lehrgänge empfehlen. In einigen Ländern beteiligen sich die Betroffenen nicht nur an pädagogischen Aktivitäten (Lehre, Bewertung, Praktikumsbetreuung), sondern auch an der Ausarbeitung von Studienplänen. Auch wenn die Schweiz keine Vorreiterrolle in diesem Bereich einnimmt, entstehen doch immer mehr Modelle, die auf diesem Ansatz basieren.³

Während Partizipation in den Bereichen Intervention, Forschung und Ausbildung immer mehr Einzug hält, führt dieser Ansatz aber auch wiederholt zu Diskussionen und Kontroversen. Tatsächlich gibt es auch eine Reihe grösserer Herausforderungen in Bezug auf die Begriffsdefinition, den Zweck, die Ebenen, die Wirkung oder die Umsetzung.

Bei Partizipation handelt es sich um einen polysemen und zweideutigen Begriff, der viele verschiedene Realitäten abdeckt. Je nach Kontext, in dem Partizipation zum Einsatz kommt, kann sie sowohl auf individuelle als auch auf kollektive Modalitäten setzen, als Mittel oder Zweck angesehen werden und verschiedene oder sogar gegensätzliche Ziele verfolgen.⁴ Es ist daher nicht sinnvoll, an **einer einzigen Definition**⁵ festzuhalten.

In Bezug auf die **Zwecke** kann Partizipation auf völlig unterschiedlichen Ideologien beruhen: Der demokratischen und bürgerschaftlichen Ideologie, die sich auf die Interessen der involvierten Personen konzentriert und der ein Wunsch nach Entwicklung von Handlungsmacht und sozialer und politischer Veränderung zugrunde liegt, steht eine eher neoliberale oder konsumistische Ideologie⁶ entgegen, die sich auf die Interessen der Dienstleistenden konzentriert und in erster Linie die Effizienz und Rentabilität der Leistungen verbessern will. Kritische Stimmen verweisen allerdings auf die Gefahren einer immer schwächer politisierten und immer stärker von öffentlichen Institutionen ausgehenden Partizipation, die der Legitimation von Bestehendem dient. Kritisiert wird ebenso das Risiko einer Alibipartizipation wie das Diktat der Partizipation, wobei diese zum Selbstzweck werden kann oder im schlimmsten Fall sogar Voraussetzung für die Gewährung von Hilfe im Sinne einer Aktivierungslogik sein kann.

Diese Risiken stehen mit der zentralen Frage nach der Machtverteilung in Zusammenhang. Fördert man die Partizipation anderer, gibt man

automatisch einen Teil seiner eigenen Vorrechte auf. Partizipation erfordert daher häufig, dass Fachleute ihre Haltung ändern und sich die institutionelle Kultur entwickelt, was ein grosses Hindernis für ihre Umsetzung darstellt. Welche Bedeutung der Grad der Machtteilung bei einem solchen Prozess hat, wird durch die Partizipationsskala abgebildet, deren Stufen sich seit der 1969 von Sherry Arnstein⁷ vorgeschlagenen Skala vervielfacht haben. Sie beschreiben die verschiedenen **Ebenen**, die von der simplen Informationsweitergabe über Befragung, Co-Konstruktion und Mitentscheidung bis hin zur vollen Bürgermacht reichen.

In Zusammenhang mit der Frage nach der Macht ist es spannend, zu analysieren, inwieweit partizipative Systeme die von ihnen angestrebten **Wirkungen** erzielen. Die noch sehr dünn gesäten wissenschaftlichen Evaluationen⁸ belegen die Auswirkungen in Bezug auf die Aufwertung der Teilnehmenden, die Entwicklung ihrer Kompetenzen, die Schaffung sozialer Bindungen, die bessere Zusammenarbeit zwischen Betroffenen und Fachleuten (Abbau von Hierarchien, Veränderung der gegenseitigen Vor-



stellungen), das bessere Verständnis für die Einzigartigkeit der Lebensläufe, nachhaltigere, innovativere und bedarfsgerechtere Leistungen usw. Allerdings scheinen die Wirkungen in Sachen echte Machtverteilung noch sehr bescheiden auszufallen, und es wird auf die Schwierigkeit hingewiesen, den Kern der öffentlichen Politik zu erreichen.

Und schliesslich finden sich auch diverse Hürden bei der **Umsetzung**.⁹ Zu den grössten Schwierigkeiten gehört die Bereitstellung von ausreichend Zeit und Ressourcen, zumal die politischen und institutionellen Entscheidungsträger*innen häufig die Tendenz haben, die nötigen Mittel zu unterschätzen. Eine weitere Herausforderung ist es, die Zugänglichkeit eines Angebots zu gewährleisten; die Hürden bei der Partizipation sind vielfältig und können die Repräsentativität der Teilnehmenden negativ beeinflussen.

Es erfordert weitreichende Kompetenzen, die Hindernisse für Partizipation zu erkennen und günstige Voraussetzungen zu schaffen, damit diese den Prozess nicht abbremsen. Entsprechend wichtig ist es, dass die Fachleute in partizipativen Ansätzen geschult werden und sich auf die zahlreichen Leitfäden und Empfehlungen, die es dazu gibt, stützen. Allerdings soll das Ausmass der in diesem Artikel beschriebenen Herausforderungen uns nicht davon abhalten, auf Partizipation zu setzen. Es ist zweifellos möglich und sogar empfohlen, mit kleinen Projekten zu beginnen, damit sich die verschiedenen Akteur*innen in ihrer Haltung weiterentwickeln und an den unbestreitbaren Mehrwert von partizipativen Prozessen herangeführt werden können. •

Fussnoten

1. Beispiele: Jugendgesetz des Kantons Freiburg, Übereinkommen der UNO über die Rechte von Menschen mit Behinderungen.
2. gegenarmut.ch.
3. Reynaud, C., Guerry, S., und Donzallaz, K. (2020). Sozialhilfebeziehende als Ausbildner für Soziale Arbeit. ZESO 02/20.
4. Etienne, C. (2018). Participer: le succès d'une notion floue répondant à des enjeux très variés. *Revue Française de Service social*, 269(2).
5. Hier als Beispiel die Definition, die im Rahmen der Arbeiten für die Nationale Plattform gegen Arbeit hinzugezogen wurde: «Partizipation bedeutet die aktive Beteiligung von Einzelnen und Gruppen an Entscheidungen, die das eigene Leben /eigene Angelegenheiten oder das Leben in der Gemeinschaft betreffen, respektive an der Suche, (Weiter-)Entwicklung und Umsetzung von damit verbundenen Massnahmen oder Lösungen.» (Chiapparini, E., Schuwey, C., Beyeler, M., Reynaud, C., Guerry, S., Blanchet, N., und Lucas, B. (2020). Modelle der Partizipation armutsbetroffener und -gefährdeter Personen in der Armutsbekämpfung und -prävention: Schlussbericht. BSV. S. IV.
6. Beresford, P. (2002). User involvement in research and evaluation: liberation or regulation? *Social Policy and Society*, 1(2).
7. Arnstein, Sherry R. (1969/2024). Une échelle de la participation citoyenne. *Lien Social et Politiques*, 92.
8. Hier einige Beispiele: Guerry, S., und Reynaud, C. (2021). Participation des bénéficiaires de l'aide sociale à l'évaluation des prestations qui les concernent. *Evaluation scientifique du projet participatif mené par l'Artias en Suisse romande*. artias.ch.
9. Cometti, E. (2017). Participation de tous: passer des intentions aux actes. *Vie sociale*, 19.

Literatur

- ATD Vierte Welt (2021). Erfolgreiche Partizipation von allen. Leitfaden.
- Fédération Addiction (2020). Participation des usagers: de l'implication à la coopération. Gesundheitsförderung Schweiz (2023). Partizipation von Jugendlichen in Projekten der Gesundheitsförderung. Leitfaden.
- UNICEF (2022). Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Theorie und Praxis. Für Gemeinden und Städte.
- UNHCR (2024). Inklusion von Flüchtlingen durch Partizipation. Eine Zusammenstellung guter Praktiken.